

Ausgabe November 2021

Kieler Nachrichten vom 23.10.2021



Auch gestörte Lieferketten und fehlende Transportkapazitäten seien ein Problem für die Wirtschaft, sagt der UV Nord.

FOTOS: FRANK BEHLING (SYMBOL), THOMAS EISENKRÄTZER (ARCHIV)

„Wirtschaft kam mit blauem Auge davon“

Spitzenverbände berichten über Auswirkungen der Corona-Krise und fordern nun „echte Reform-Agenda“

VON MARKUS KLEMM

HAMBURG. Die Wirtschaft ist Experten zufolge erstaunlich gut durch die Corona-Krise gekommen. Deren Spitzenverbände verlangen nun auch mit Blick auf den Klimawandel und seinen Folgen eine Reform-Agenda 2030. Was Ökonomen jedoch gar nicht wollen: ein Konjunkturprogramm.

Bei der Corona-Pandemie sei der Norden mit einem blauen Auge davongekommen, sagte der Präsident des Unternehmensverbands (UV) Nord, Philipp Murmann, am Freitag in Hamburg bei der Jahresveranstaltung „Konjunkturperspektiven 2022“ des UV Nord, des Industrieverbands Hamburg (IVH) und der Deutschen Bundesbank. „Wir können noch nicht von einem Ende der Pandemie sprechen, aber wir sollten langsam den Krisenmodus verlassen und den Blick deutlich nach vorne richten.“

Denn nun sei der späteste Zeitpunkt für den Beginn einer „echten Reform-Agenda 2030“.

Murmann verwies etwa auf Chipmangel, Rohstoffknappheit, Preisexplosion im Energiebereich, gestörte Lieferketten und fehlende Transportkapazitäten, die sich sämtlich nicht kurzfristig beheben ließen. Aber auch in Norddeutschland sei viel zu tun. Die Autobahn 20 müsse endlich gebaut, der Nordostsee-Kanal ausgebaut, die Verwaltung reformiert und die Zusammenarbeit mit Hamburg und Schleswig-Holstein bei der Landesplanung noch intensiviert werden.

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, warnte vor zu hohen Erwartungen an die Koalitionsverhandlungen in Berlin. „Ich mahne zur Vorsicht, was unsere Erwartungen angeht.“ Es



„Wir sollten langsam den Krisenmodus verlassen und den Blick nach vorne richten.“

Philipp Murmann,
UV Nord-Präsident

verhandelten Parteien, „die jeweils von ihrer Klientel mit erheblichen Erwartungen losgeschickt werden, die zum Teil schon durch das Positionspapier enttäuscht wurden“, sagte der BDI-Chef mit Blick auf den linken Flügel der SPD

oder besonders klimabewegte Grüne. Gleichzeitig müsse die Industrie aber auch aufpassen, „dass wir nicht alle unsere Erwartungshaltungen auf Christian Lindner und die FDP projizieren“.

„Bei allen Unwägbarkeiten und Risiken, auch mit Blick auf den weiteren Verlauf der Pandemie, gibt es insgesamt gute Gründe, davon auszugehen, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2022 recht kräftig ausfallen dürfte“, sagte der Leiter der Abteilung Konjunktur und Wachstum der Deutschen Bundesbank, Hermann-Josef Hansen.

Vor allem in der Industrie sei die Produktion zwar wegen der Lieferengpässe etwa bei Rohstoffen erheblich gedämpft. Dennoch hätte die Pandemie noch viel schlimmere Auswirkungen haben können. So habe der Staat zahlreiche Arbeitsplätze durch die Kurzarbeit gerettet. Auch sei

die befürchtete Insolvenzwelle ausgeblieben.

Der Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), Stefan Kooths, sagte, er gehe davon aus, dass die Pandemie Mitte 2022 konjunkturell betrachtet weitgehend durchgestanden sei und wieder eine Normalauslastung vorherrsche. Einen Anlass für Konjunkturprogramme gebe es nicht. Im Gegenteil: So habe er sich doch über Aussagen im Sondierungspapier der möglichen neuen Koalition gewundert, wonach die Dekarbonisierung ein Konjunkturprogramm für das Handwerk sei. „Auf welchem Planeten leben die eigentlich? Haben die im vergangenen Jahr mal versucht, einen Handwerker zu engagieren?“, fragte Kooths mit Blick auf die derzeit herrschende Quasi-Vollauslastung im Handwerk.

Wirtschaft fordert Reform-Agenda

HAMBURG. Die Wirtschaft in Schleswig-Holstein und Hamburg ist nach Ansicht des Unternehmensverbandes UV Nord bei Corona „mit einem blauen Auge“ davongekommen. „Wir sollten langsam den Krisenmodus verlassen“, sagte dessen Präsident Philipp Murmann bei der Vorstellung der „Konjunkturperspektiven 2022“ in Hamburg. Nun sei es Zeit für eine „echte Reform-Agenda 2030“.

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung vom 23./24.10.2021

IHK fordert Ende der EEG-Umlage

Lieferengpässe, hohe Energiepreise und Fachkräftemangel trüben Stimmung bei den Unternehmen im Norden

Michael Kierstein

Echte Reformen. Ende des Krisenmodus. Ambitionierte Ziele. Die Forderungen, die Dr. Philipp Murmann, Präsident des UV Nord, aufstellt, lassen tief blicken. Die Nordwirtschaft wünscht sich eine konjunkturelle Erholung und Hilfe von der Politik.

„Eine kurzfristige Entspannung ist leider nicht in Sicht, die anziehende Nachfrage in vielen Weltregionen verschärft die Probleme und führt zu weiter steigenden Preisen“, so Murmann gestern bei der Jahresveranstaltung „Konjunkturperspektiven 2022“ in Hamburg. „Wir müssen endlich in der weiteren Planung und im Bau der A20, dem Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals vorankommen und wir brauchen eine echte und vollständige Verwaltungsreform, die Bürokratie wirklich abbaut und ein neues Planungsrecht auf den Weg bringt, das Investitionen beschleunigt“, formuliert der Präsident seine Wünsche an die Politik.

Dass die Chancen für eine wirtschaftliche Erholung gut stehen, zeigt ein Blick auf das

Konjunkturklima im Norden. Der Konjunkturklimaindex der Industrie- und Handelskammern Flensburg, Kiel und Lübeck ist im dritten Quartal erneut gestiegen und liegt über dem langjährigen Durchschnitt.

„Wir müssen endlich in der Planung und im Bau der A20 und beim Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals vorankommen.“

Dr. Philipp Murmann
Präsident UV Nord

„Auch wenn sich die erfreuliche Erholung fortsetzt, sehen sich unsere Unternehmen mit ernstzunehmenden Risiken konfrontiert. Neben den steigenden Energie- und Rohstoffpreisen bereitet ihnen vor allem wieder die Fachkräftesituation Kopfzerbrechen“, fasst Friederike C. Kühn, Präsidentin der IHK Schleswig-Holstein, zusammen.

Gerade die steigenden Energiepreise drücken auf die Stimmung der Unternehmer. So sähen, der IHK zufolge, 62 Prozent der Industrie-

und Gewerbebetriebe in Schleswig-Holstein den rasanten Anstieg der Strom- und Gaspreise als ernstes Geschäftsrisiko. Deshalb fordert die IHK, die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu senken und die EEG-Umlage abzuschaffen. Das würde die Unternehmen in einer wirtschaftlich angespannten Zeit entlasten.

Bei allen Herausforderungen, die mit Lieferengpässen und steigenden Energiepreisen ins Haus stehen, betont Philipp Murmann: „Hamburg wie auch Schleswig-Holstein sind insgesamt noch mit einem blauen Auge durch die Pandemie gekommen.“ Er warnt jedoch davor, nun zu verharren. Der Blick müsse nach vorne gerichtet werden. „Eine Reihe wichtiger Themen wartet auf dringende Bearbeitung, um Norddeutschland zügig voranzubringen“, sagt er. Er fordert, dass Hamburg und Schleswig-Holstein noch enger zusammenrücken müssten, wenn es etwa um gemeinsame Landesplanungen gehe. Zu spüren ist: Die Nordwirtschaft sprüht vor Taten-drang, doch globale Probleme bremsen eine schnelle Erholung noch aus.

Hamburgs Industrie-Chef fordert weniger Abgaben auf Strom

Matthias Boxberger appelliert bei Veranstaltung zu **Konjunkturperspektiven** an Politik. Bundesbank sieht 2022 „recht kräftigen“ Aufschwung

HAMBURG :: Wie geht es mit der Wirtschaft – speziell im Norden – weiter? Was muss die Politik tun, damit die Konjunktur wieder volle Fahrt aufnehmen kann? Diese Fragen standen bei der Jahresveranstaltung „Konjunkturperspektiven 2022“ von UVNord, Industrieverband Hamburg (IVH) und der Deutschen Bundesbank im Norden im Mittelpunkt.

„Angesichts von Pandemiefolgen, stark steigenden Energiepreisen und gestörten Lieferketten braucht die Industrie nun Möglichkeiten, Investitionen, Innovationen und nachhaltiges Wachstum besser voranzubringen. Nur so kann

es gelingen, unsere Klimaschutz-Ambitionen bei Erhalt und Ausbau, der 120.000 Industrie-Arbeitsplätze in Hamburg umzusetzen“, sagte IVH-Chef Matthias Boxberger. Die zukünftige Bundesregierung sei gefordert, wichtige Aufgaben endlich voranzubringen, um die Industrie dauerhaft krisenfest zu machen. „Dazu zählt: Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen sowie nationale Abgaben für heimischen grünen Strom – staatlich induzierte Strompreisbestandteile – so zu reduzieren, dass Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben“, so Boxberger weiter.

UVNord-Präsident Philipp Murrmann forderte die Politik auf, „den Krisenmodus zu verlassen“. Man brauche eine „echte Reform-Agenda 2030“, sagte er. „Wir müssen endlich in der weiteren Planung und im Bau der A 20, dem Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals vorankommen, und wir brauchen eine echte und vollständige Verwaltungsreform, die Bürokratie wirklich abbaut und ein neues Planungsrecht auf den Weg bringt, das Investitionen beschleunigt.“ Auch Hamburg und Schleswig-Holstein könnten durch eine gemeinsame Landesplanung weiter zusammenrücken, so Murrmann.

Arno Bäcker, Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, griff in seiner Rede die aktuell hohe Inflation auf. Er sprach von einem „vorübergehenden Phänomen“, forderte aber Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu einer „stabilitätsgerechten Lohnsetzung“ auf.

Stefan Kooths vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) sieht aktuell „viel Sand im Getriebe der Weltwirtschaft“. Er verwies auf die Lieferengpässe für Rohstoffe und Vorprodukte, die sich seiner Meinung nach „zunehmend

als Bremsklotz der wirtschaftlichen Dynamik“ erwiesen. „Insgesamt sind die Erholungskräfte aber intakt, der Aufschwung ist selbsttragend“, so der Ökonom. Anlass zu konjunkturpolitischen Maßnahmen gebe es jedoch keine, diese würden laut Kooths nur den ohnehin hohen Preisdruck verstärken.

Hermann-Josef Hansen, Leiter der Abteilung Konjunktur und Wachstum der Deutschen Bundesbank, machte trotz hoher Inflation und Lieferproblemen Mut. Es gebe aus seiner Sicht gute Gründe, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2022 „recht kräftig“ ausfalle. *ode*

Lübecker Nachrichten vom 03./04.10.2021

Machtpoker in Berlin: Der Norden wird stärker

Schleswig-Holstein darf auf stärkeren Einfluss in der künftigen Bundesregierung hoffen

VON WOLFRAM HAMMER

BERLIN/KIEL. Jahrzehntelang war der Norden auf bundespolitischer Bühne nur noch schwach vertreten. Jetzt schicken sich mit Robert Habeck, Wolfgang Kubicki und Olaf Scholz gleich drei Nordlichter an, der Republik eine neue Regierung zu geben – und womöglich sogar ins Kabinett einzuziehen. Viele Schleswig-Holsteiner freut das.

CDU-Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg war in den 80ern so ein Leuchtturm des Nordens in Bonn und Berlin. Björn Engholm auch. Engholm schickte sich sogar an, 1994 für die SPD das Kanzleramt zu erobern. Engholm lebt heute noch in Lübeck. Er begrüßt die gegenwärtige Entwicklung sehr. „Mehr Einfluss Schleswig-Holsteins in Berlin wäre absolut wünschens-

wert“, sagt der 81-Jährige. Das würde dafür sorgen, dass Deutschland nicht schon in Nord-Niedersachsen aufhöre. Und das sei „unabhängig von der politischen Farbe der Jungs“.

Vor allem infrastrukturell habe der Norden Nachholbedarf, sagt Engholm. „Die Anbindung Schleswig-Holsteins und Lübecks an die Bahn etwa ist, gelinde gesagt, renovierungsbedürftig.“ Zudem fehlten in Schleswig-Holstein generell die Ost-West-Verbindungen auf Schiene und Stra-

ße. Eine Bundesregierung mit Nordlichtern an führender Stelle könnte Fahrt in den Ausbau bringen. „Und Scholz können wir als Hanseaten ja mal dazu zählen.“

Darüber hinaus sollte Berlin endlich die Zusammenarbeit mit Skandinavien verstärken und die Ostsee als „Entwicklungszentrum“ begreifen, sagt Engholm. Die Belt-Trasse müsse gestärkt werden. Und eine „Via Baltica“ müsse her, eine Straßen- und Schienenverbindung bis ins Baltikum.

Wirtschaft hofft auf Schub für die Küste

Der Präsident des Unternehmensverbandes UV Nord, Philipp Murrmann, sieht Chancen: „Wir erhoffen uns von einer neuen Koalition einen Schub für Norddeutschland.“ Bei der

Wasserstoffnutzung oder dem Ausbau erneuerbarer Energien und des Stromnetzes könne die Bundesregierung im Gegenzug vom norddeutschen Know-how profitieren.

Die guten wirtschaftlichen Beziehungen des Nordens nach West-Russland ließen sich zudem nutzen, um die Beziehungen zu Russland „unterhalb der Ebene von Ablehnung und Sanktionen“ zu verbessern. Um an Geld für die neuen Verkehrsverbindungen zu kommen, müssten die Töpfe in Berlin angezapft werden, sagt Engholm.

Darauf setzte auch Aloys Altmann, Steuerzahler-Präsident und zuvor Rechnungshofchef in Schleswig-Holstein. „In Bayern gingen solche Bauprojekte immer ganz flott“, sagt Altmann. Man brauche jetzt zum Beispiel schnell Geld für die A 20 und den Nord-Ostsee-Kanal. Dass die drei Nordlichter Habeck, Kubicki und Scholz dafür zusammenarbeiten, hält Aloys Altmann für „sinnvoll und wichtig“.

Wenn die Lieferung AUSBLEIBT

Gestapelte Container: International mangelt es derzeit an den stählernen Transportboxen, die ein unverzichtbares Mittel für den modernen Welthandel sind

Hamburg ist wie keine andere deutsche Stadt vom Außenhandel abhängig. Jetzt drohen schwierige Monate, weil der Wirtschaftskreislauf außer Takt ist

Hansestadt besser als Bundesdurchschnitt

Die Hamburger Wirtschaft erholte sich derzeit besser als die bundesdeutsche insgesamt, berichtete diese Woche die Handelskammer Hamburg in ihrem aktuellen **Konjunkturbericht**. Mit dem erhofften Ende der Pandemie kehrt wieder Zuversicht ein – 83 Prozent der befragten Unternehmen bezeichneten ihre aktuelle Geschäftslage als gut oder befriedigend. Vor einem Jahr – damals noch mitten in der Pandemie – seien es 62 Prozent gewesen. Zu den **Hauptrisiken** für ihr Geschäft zählen die Unternehmen den Fachkräftemangel, den noch unklaren Kurs der nächsten Bundesregierung und die **weltweiten Lieferengpässe**.

Seit dem Beginn der Corona-Pandemie arbeitet Martina Willhoef im Ausnahmezustand, wie die weitaus meisten Hamburger Einzelhändler. Geöffnet hat die Inhaberin des Bergedorfer Herrenausstatters Willhoef ihr Geschäft nach dem Ende des fünfmonatigen Lockdowns seit Mai wieder. Doch nun mangelt es regelmäßig an bestimmter Ware. Grund dafür ist vor allem das Chaos der internationalen Linienschifffahrt, verursacht durch die Pandemie. Zudem hat mancher Textilhersteller in Asien und auch in Europa seit Anfang 2020 seine Kapazität heruntergefahren, weil die Nachfrage zwischenzeitlich zu gering war. Die Engpässe könnten dem Handel insgesamt das wichtige Weihnachtsgeschäft erschweren. „Mitunter warten wir händeringend auf Ware, die viel zu spät geliefert wird“, sagt Willhoef. „Fertig genähte Kleidungsstücke hängen in Containern auf Schiffen, die wiederum auf Reede vor Häfen liegen.“

Die internationalen Lieferketten sind seit Beginn der Pandemie erheblich gestört. Das liegt unter anderem daran, dass Hunderte Millionen Menschen in den wirtschaftlich starken Ländern weit mehr langlebige Güter wie Wohnungseinrichtungen oder Unterhaltungselektronik gekauft haben als üblich – weil sie ihr Geld für Urlaube, Freizeitgestaltung oder gastronomische Angebote nicht ausgeben konnten. Die internationale Schifffahrt und die Häfen waren auf dieses Ungleichgewicht im globalen Handel nicht vorbereitet. Es mangelt an Schiffen, leeren Containern, Kapazitäten an den Terminals. Weltweit warten derzeit 334 Containerschiffe auf ihre Abfertigung, vor allem in China, aber auch vor dem kalifornischen Long Beach oder dem britischen Felixstowe, schrieb der maritime Informationsdienst VesselsValue diese Woche: „Der Markt der Containerschifffahrt stand im zurückliegenden Jahr unter massivem Druck“, heißt es in der Analyse.

Rolf Habben Jansen, Vorstandsvorsitzender der führenden deutschen Reederei Hapag-Lloyd in Hamburg, sagte am Donnerstagabend beim Club Hamburger Wirtschaftsjournalisten, seine Reederei bringe etwa 75.000 Containereinheiten (TEU) in der Woche aus China und den angrenzen, kommen aber Buchungsanfragen von unseren Kunden für bis zu 500.000 TEU. „Die durchschnittliche Frachtrate – der Transportpreis für die Container – betrage bei Hapag-Lloyd derzeit rund 1500 Dollar. Bei sehr kurzfristigen Buchungen am sogenannten Spotmarkt könne dieser Preis auf bis zu 15.000 Dollar steigen. Man versuche unter anderem, mehr Schiffskapazität zu bekommen und habe mehr Container gekauft, um dieser Entwicklung zu begegnen.“

Zu den unpünktlichen Schiffen und hohen Transportkosten kommt ein zunehmender Mangel an bestimmten Waren hinzu. Weltweit fehlen Halbleiter, wegen der starken Nachfrage nach Elektronikprodukten und wegen des Hochlaufs der Elektromobilität in vielen Ländern. Auch andere Güter wie etwa Baumaterialien werden knapp – auch deshalb, weil Fabriken und Häfen etwa in China selbst bei geringen Corona-Ausbrüchen rigoros geschlossen werden. Das belastet auch die Hamburger und

die norddeutsche Wirtschaft. „Das ist für die Hamburger Wirtschaft ein flächendeckendes Problem mit vielen Aspekten“, sagt Malte Heyne WELT AM SONNTAG, der Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg. „Die In-

dustrie muss wegen fehlender Teile unter Umständen ihre Produktion drosseln, den Einzelhändlern geht Umsatz gerade in der für sie so wichtigen Weihnachtssaison verloren. Gerade Importeure, die große Handelsketten beliefern, haben ein hohes Risiko von Vertragsstrafen infolge von Lieferverzögerungen.“ Auch die Zahlungsmoral leide in dieser Situation „bei dem einen oder anderen Unternehmen“.

Der norddeutsche Wirtschafts-Dachverband UVNord bewertet die Lage ähnlich: „Die Probleme in den globalen Lieferketten und der große Anstieg der Logistikkosten werden insbesondere der norddeutschen Industrie und dem verarbeitenden Gewerbe noch bis in das nächste Jahr erhebliche Probleme bereiten“, sagt UVNord-Präsident Philipp Murmann. „Eine kurzfristige Entspannung ist leider nicht in Sicht, die anziehende Nachfrage in vielen Weltregionen verschärft das Problem und führt zu steigenden Preisen.“ Die Lieferengpässe bei Vorprodukten beeinträchtigen die Fertigung deutlich und bremsen die konjunkturelle Entwicklung: „Häufig können die gut gefüllten Auftragsbücher aufgrund des Materialmangels nicht abgearbeitet werden.“

Die Reederei Hapag-Lloyd erwartet eine Normalisierung in den Liniendiensten bis zum Beginn des zweiten Quartals 2022. Doch der Seetransport bleibt nicht der einzige Risikofaktor für die weltweit arbeitsteilige Wirtschaft. „Wir erkennen deutliche Warnzeichen“, sagt der Außenhandels-Unternehmer Hans Fabian Kruse, Präsident des AGA-Unternehmensverbandes in Hamburg. „Nicht nur die Pandemie und die Transportprobleme – teilweise sind die Frachtraten irrsinnig – belasten die globalen Lieferketten der Unternehmen schwer. Mit den Stromengpässen in China zieht das nächste Unheil herauf, das die Produktionsengpässe, zusätzlich zum Containermangel, verschlimmern wird.“ Schon jetzt würden chinesischen Fabriken Strom und Wärme zeitweise abgedreht: „Nach dem chinesischen Neujahrsfest am 1. Februar folgen direkt die Olympischen Winterspiele in Peking – wir müssen damit rechnen, dass dann im großen Umfang viele Kohlekraftwerke abschalten. Eine Entspannung beim Druck auf die Lieferketten erwarte ich erst Mitte 2022.“

So wirkt der Nachschubmangel mittlerweile in fast alle Branchen hinein. Vor allem auch für die Informationstechnologie und die Infrastruktur von Wirtschaft und Verwaltungen kann das gravierende Folgen haben. Knapp sind zum Beispiel Maut-Lesegeräte für Lastwagen – fehlt ein solches an Bord, kann der Lkw nicht eingesetzt werden. „Ein wesentlicher Teil unserer Arbeit hat mit

kritischer Infrastruktur zu tun, etwa mit den Systemen von Telekommunikations-Anbietern. Wenn dort eine Baugruppe ausfällt, zum Beispiel Komponenten eines Sendemasts oder einer Verteilerstation, muss diese innerhalb kürzester Zeit ausgetauscht werden“, sagt Kerstin Wendt-Heinrich, Mitinhaberin des Hamburger Unternehmens TOP Mehrwert-Logistik. Die Firma ist spezialisiert auf die Kombination bundesweit kurzfristiger Lieferungen vor allem auch kritischer Bauteile für Elektrogeräte, sei es für die Medizintechnik, der Kommunikationstechnologien oder der Infrastruktur. „Wir setzen allein im technischen Bereich etwa 600 technische Mitarbeitende in unterschiedlichen Projekten ein, davon mussten wir im vergangenen Monat 50 unserer Technikerinnen und Techniker in Kurzarbeit schicken, weil Kunden aufgrund des weltweiten Chipmangels keine Ersatzteile mehr auffüllen konnten“, sagt Wendt-Heinrich. TOP Mehrwert-Logistik habe viele Kunden in Deutschland, in deren Lagern spezielle Elektronikbauteile aufgrund des Materialmangels und der Lieferkettenprobleme nicht mehr vorrätig seien: „Einige Kunden sprechen von ‚quasi leeren Lagern‘.“ Zwar könne man Mitarbeitende, die von Kurzarbeit betroffen waren, mittlerweile in neuen Projekten einsetzen, sagt

Wendt-Heinrich: „Aber als Mittelständler fragen wir uns: Die Überbrückungshilfen des Staates gegen die Folgen der Pandemie laufen nur bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Was tun wir danach, wenn wir Aufträge nicht ausführen können, weil uns die Teile fehlen?“

Verglichen damit, ist es wohl ein relativ kleines Problem, als Kunde ein bestimmtes Geschenk für das Weihnachtsfest nicht rechtzeitig zu bekommen. „Wir raten den Kunden dazu, ihre Weihnachtseinkäufe beizeiten zu erledigen, flexibel zu sein und auch auf Gutscheine zu setzen, die dann später eingelöst werden können“, sagt Brigitte Nolte, Geschäftsführerin in Hamburg beim Handelsverband Nord. Der desolatte Zustand der Lieferketten und der Warenmangel allerdings könne dazu beitragen, die Gewichte im Einzelhandel weiter zum Nachteil der stationären Geschäfte zu verschieben: „Es ist zu befürchten, dass der Onlinehandel in dieser Situation einmal mehr gegenüber dem stationären Einzelhandel profitiert – ausgerechnet in der Phase, in der ‚normales‘ Einkaufen vor Ort endlich wieder möglich ist.“ Wenn ein bestimmter Artikel im stationären Einzelhandel in Hamburg in den kommenden Wochen nicht lieferbar sei, „sucht man ihn eben überregional im Onlinehandel“.

Selbsttest unter Aufsicht? Ja, aber freiwillig

Statt teurer Schnelltests bietet die Corona-Verordnung eine viel günstigere Alternative – die kaum bekannt ist

Der Gast war gut präpariert. Zwar legte der Cafébesucher als 3G-Nachweis weder seinen Impf- noch Genesenen- oder Testnachweis vor. Er hatte in das kleine Café in der Flensburger Altstadt aber einen Selbsttest mitgebracht – und fragte, ob er sich unter Aufsicht am Tresen zum negativen Corona-Nachweis selbst testen dürfe?

Kaja Battiston vom Café Lykke ging es zunächst wie ganz vielen: Dieser Passus in der Corona-Verordnung war ihr schlicht nicht bekannt. Doch die Café-Inhaberin informierte sich sofort, stimmte sich mit ihrer Kollegin ab und erklärte: „Das ist auf jeden Fall auch möglich.“ Schließlich ist das kleine Café mit seinen fünf Tischen im Innenbereich und Außenterrasse überschaubar – und man wolle möglichst niemanden wegschicken. „80 bis 90 Prozent der Gäste sind geimpft“, schätzt sie. Testnachweise seien deshalb immer seltener.

Stefan Scholtis vom Hotel- und Gaststättenverband in Kiel kennt einzelne Restaurants, die Tests vorhalten, um keine Kunden abweisen zu müssen: „Aber eigentlich ist unsere Aufgabe ja eher, die Gäste zu verwöhnen als medizinische Maßnahmen durchzuführen.“ Deshalb sei das Angebot die Ausnahme.

Jedenfalls für Gäste. Als Arbeitgeber muss auch jedes Restaurant oder Hotel für seine Mitarbeiter zweimal pro Woche Tests zur Verfügung stellen und bezahlen. Hoteliers und Restaurantbetreiber müssen also sowohl Belegschaft als auch Kundenschaft überprüfen: „Ehrlich gesagt, die Kontrollen erfreuen die Betriebe nicht wirklich“, sagt Scholtis.

Freizeitbranche hat sich schon darauf eingestellt

In der Freizeitbranche gibt es dagegen längst Anbieter, die sich auf diese Ausnahme in Paragraf 2 Nr. 7a der Corona-Verordnung des Bundes (siehe Kasten) längst eingestellt haben, seitdem das kostenlose Testen in der Masse vorbei ist. Zum Beispiel die Fun-Arena in Henstedt-Ulzburg, die etwa Kindergeburtstage organisiert: Besucher ohne jegliche 3G-Bescheinigung können vor Ort unter Aufsicht eines Mitarbeiters mitgebrachte Selbsttests machen, steht auf der Homepage. Etwas anders schreibt es „Sprungraum“ in Kiel: „Testen auch bei uns vor Ort möglich. Kosten: 5 Euro/Test. Mitgebrachte Selbsttests werden nicht akzeptiert!“

Aber ist das wirklich erlaubt? Ja, sagt Hannah Beyer aus dem Kieler Gesundheitsministerium: „Es kann beispielsweise ein Selbsttest unter Aufsicht des Personals eines Fitnessstudios oder Friseursalons durchgeführt werden und bei negativem Testergebnis der jeweilige Ort besucht werden.“ Wichtig sei, dass das negative Testergebnis nur an dem Ort gilt, an dem der Test durchgeführt wurde. Das Personal dürfe aber keinen Testnachweis ausstellen, so Beyer weiter. Dies sei zudem ein freiwilliges Angebot.

Für Achim Englert vom Flensburger Science-Center

Phänomenta kommt das nicht in Frage: „In den Hauptankunftszeiten ist das für uns gar nicht leistbar“, sagt der Chef des Experimentiermuseums. Am Umfragetag sei unter 536 Gästen eine einzige Familie gewesen, die einen Testnachweis vorgelegt habe. Alle anderen seien geimpft oder genesen gewesen.

Die Landesmuseen auf Schloss Gottorf in Schleswig dagegen entschieden nach der Anfrage unserer Zeitung kurzfristig: „Diese Möglichkeit werden wir auch zulassen und werden unseren Besuchern den Selbsttest unter Aufsicht erlauben“, erklärte der kaufmännische Vorstand Guido Wendt.

Eine Kindergärtnerin aus Südholstein, die auf Honorarbasis Kurse für werdende Mütter gibt, sagt, dass sie das grundsätzlich ihren Kursmitgliedern anbieten könnte. Der Haken: Dann müsste sie deutlich früher kommen, was ihr niemand bezahle.

Melinda Weber hat damit keine Probleme. Die Flensburger Tier-Heilpraktikerin gab gestern ihren nächsten Kurs in Tierkommunikation. Die Teilnehmerzahl sei mit vier bis zehn meist überschaubar. Nachdem sie von der Möglichkeit gehört habe, wollte sie das auf jeden Fall anbieten, sagt Weber: „Ich habe hier Tests liegen – und meine Teilnehmer angeschrieben, dass sie auch einen Test vor Ort machen können.“

Viele Unternehmen im Land nutzen die Möglichkeit von beaufsichtigten Schnelltest nach § 2 Ziff. 7b der Bundesverordnung (siehe Kasten), insbesondere dort, wo ungeimpft Personal für seine Tätigkeit einen Nachweis im Rahmen der 3G-Regel benötige, sagt Sebastian Schulze vom Unternehmensverband Nord. Als Beispiel nennt er einen Kundendienst im Hotel. „Häufig werden dafür die sowieso vom Arbeitgeber bereitzustellenden Schnelltest für Ungeimpfte genutzt, um entsprechende Zertifikate auszustellen“, sagt Schulze weiter: „Trotz dieser Lösung appellieren wir weiterhin, sich impfen zu lassen.“

Im Sportverein hilft es, Kosten zu senken

Auch in Sportvereinen, wo viele Kinder und Jugendliche noch nicht immer geimpft sind, ist dieser Weg ein Thema: „Ja, wir kennen diese Möglichkeit“, sagt Henning Jessen, Vorsitzender des TSV Husum von 1875. „Durch die Selbsttests unter Aufsicht hat sich der zeitliche und finanzielle Aufwand der Tests enorm verringert, und die Kosten der Selbsttests müssen natürlich auch selbst getragen werden.“ Allerdings sei ein enorm großer Anteil geimpft. „Bei Jugendlichen wird dieser Anteil auch zunehmend größer.“ Kinder und Jugendlichen nähmen vielfach auch an den regelmäßigen Schul-testungen teil, die ebenfalls zur Erfüllung der 3G-Regelung im Sport dienen. Die Jüngsten seien ohnehin von der 3G-Regelung ausgenommen. Henning Jessen: „Beim TSV Husum können mittlerweile fast alle Gruppen wieder stattfinden und die Möglichkeit der Selbsttests trägt ebenfalls dazu bei.“

Kein Lohn bei Quarantäne: Streit um Ausnahme für Beamte

Gewerkschaft kritisiert neue Regel zur Entschädigung: „Impfpflicht durch die Hintertür“

VON GRIT PETERSEN

KIEL. Seit gestern entfällt in Schleswig-Holstein die Entschädigung für Ungeimpfte, die in Quarantäne müssen. Prompt gibt es Kritik.

Bundesweit gilt die neue Regelung des Infektionsschutzgesetzes spätestens ab dem 1. November. Im Infektionsschutzgesetz heißt es: „Eine Entschädigung (...) erhält nicht, wer durch Inanspruchnahme einer Schutzimpfung, die öffentlich empfohlen wurde, eine Absonderung hätte vermeiden können.“ Bisher galt: Wenn ein Mitarbeiter in Quarantäne musste, erhielt er während dieser Zeit ganz normal seinen Lohn und der Arbeitgeber konnte sich dieses Geld vom Staat zurückholen.

Nicht überall trifft die Änderung der Entschädigungs-

regelung auf Zustimmung. Zusätzlich angeheizt wird die Debatte dadurch, dass die Änderung nicht für Beamte gilt. „Eine weitere Erhöhung des Drucks auf die Ungeimpften ist der falsche Weg, um die Impfquote zu erhöhen“, findet Frank Schischefsky, Sprecher der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi Nord. Eine „Impfpflicht durch die Hintertür“ lehne Verdi Nord weiterhin ab.

Der Arbeitgeberverband UVNord begrüßt grundsätzlich das Ende der Entschädi-

gung für Ungeimpfte im Quarantänefall und „die dadurch angeschobene Diskussion ‚Pro-Impfung‘ in den Betrieben“, sagt Sprecher Sebastian Schulze. Es sei aber „misslich, dass die Regelungen nicht für alle Beschäftigten gelten und Verbeamtete ausgenommen sind. Diese Privilegierung erklärt sich nicht auf Anhieb“, kritisiert Schulze.

Die Ausnahme für Beamte hat nach Auskunft des Kieler Finanzministeriums rechtliche Gründe. Denn Beamte erhalten keinen Lohn, sondern

werden nach dem sogenannten Alimentationsprinzip besoldet, erklärt Ministeriumssprecher Hannes Hecht. Dieses Prinzip verpflichtet den Staat als Arbeitgeber dazu, für den Lebensunterhalt der Beamten aufzukommen – und zwar auch im Ruhestand sowie im Krankheits- oder Quarantänefall.

Weil die neue Regelung von vielen Arbeitnehmern als ungerecht empfunden wird, hat sich beispielsweise das Lübecker Unternehmen H. & J. Brüggens AG entschieden, jeden Einzelfall genau zu betrachten. „Wenn es vernünftige Gründe gibt, warum der Mitarbeiter ungeimpft ist, werden wir die Quarantäne bezahlen“, sagt Unternehmenssprecherin Christina Denker. „Sollten diese Gründe fehlen, werden wir es nicht tun.“ Seite 6

Senatorin: Impfen aus Solidarität mit Kindern

Die Bremer Senatorin für Kinder und Bildung, Sascha Au-lepp (SPD), hat eine Impfpflicht für alle Berufsgruppen gefordert, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. „Die

Solidarität mit Kindern ist Pflicht“, sagt die Senatorin. Menschen in diesen Berufen hätten sich verpflichtet, Kinder und Jugendliche zu unterstützen und zu schützen.

Das Comeback der Weihnachtsfeiern

In Unternehmen sind wieder Partys ohne Abstand und Masken möglich – Die Pandemie verstärkt den Trend zu kleinen Festen

VON GRIT PETERSEN

LÜBECK/KIEL. Lange war es undenkbar, doch nun kann im Norden wieder ohne Abstand und ohne Masken gefeiert werden, wenn die Partygäste geimpft, genesen oder negativ getestet sind (3G). Damit steht auch Weihnachtsfeiern in Firmen eigentlich nichts mehr im Wege.

Beispielsweise die Lübecker Firma H. & J. Brüggens KG hat nach Aussage von Sprecherin Christina Denker „am 23. September die Info an die Belegschaft herausgegeben, dass wir zum aktuellen Zeitpunkt davon ausgehen, dass Weihnachtsfeiern dieses Jahr wieder möglich sein werden“. Bei Brüggens gebe es aber traditionell keine konzernweite Weihnachtsfeier, sondern die einzelnen Abteilungen beziehungsweise Teams organisieren laut Denker ihre Weihnachtsfeiern, die vom Unternehmen bezuschusst werden, selbstständig. Nun könnten die Abteilungen mit der Planung beginnen. „Die Vorfreude ist groß“, sagt Denker.

Auch der Unternehmensverband UVNord hat nach Angaben seines Sprechers Sebastian Schulze die Rückmeldungen, dass Unternehmen wieder vermehrt Weihnachtsfeiern im Rahmen der gültigen Verordnungen planen. „Zur Mitarbeiterbindung und -motivation wird dies nach vielen Monaten der Entbehrung von vielen wieder für eine wichtige Veranstaltung erachtet“, sagt Schulze. Der „Gesund-



Das 3G-Modell ermöglicht wieder größere Feiern ohne Abstand und ohne Masken. Daher beginnen jetzt in einigen Firmen die Planungen für eine Weihnachtsfeier. FOTO: JÖRG CARSTENSEN/DPA

heitsschutz der Mitarbeitenden stehe bei den Planungen immer im Vordergrund.

Dass Feiern ohne Beschränkungen nur unter der 3G-Regel möglich sind, könnte für Unternehmen allerdings zumindest theoretisch zu einem Problem werden. Denn offiziell dürfen Arbeitgeber den Impfstatus ihrer Mitarbeitenden nicht erfragen. Da Ungeimpfte nach dem 3G-Modell einen negativen Test vorlegen müssen, offenbaren sie dadurch ihrem Arbeitgeber, dass sie noch nicht geimpft sind. „Nach dem 3G-Modell, das für die Veranstaltungen mindestens vorausgesetzt

wird, kommt man an einer Mitwirkung der Arbeitnehmenden nicht vorbei“, sagt UVNord-Sprecher Schulze. Sein Fazit: „Wer sich nicht dazu äußern möchte, wird dann wohl nicht an der Weihnachtsfeier teilnehmen können.“

Eine Weihnachtsfeier gab es bei Niederegger auch vor der Corona-Pandemie nicht. „Wir haben in der Adventszeit dafür definitiv keine Zeit, denn das ist für uns die arbeitsreichste Phase des Jahres“, sagt Sprecherin Kathrin Gaebel. Stattdessen gebe es ein Betriebsfest für die Mitarbeiter und „das soll im kommenden Jahr auf jeden Fall statt-

finden“, betont die Niederegger-Sprecherin.

Bei Dräger gibt es keine konzernweite Weihnachtsfeier, sondern jede Abteilung feiert für sich. „Es bleibt jeder Führungskraft überlassen, wie und ob in diesem Jahr eine Weihnachtsfeier stattfindet“, sagt Sprecherin Melanie Kamann. Selbstverständlich müssten dabei alle geltenden Hygiene- und Lüftungsregeln eingehalten werden. „Sollte das nicht möglich sein, können die Weihnachtsfeiern nicht stattfinden“, betont Kamann. Im vergangenen Jahr hätten die Teams bei Dräger meist digital zusammenge-

funden, um in der Vorweihnachtszeit zu feiern.

Die Pandemie verstärkt offenbar den Trend zu kleinen Feiern einzelner Abteilungen und das kommt vor allem Restaurants zugute. „Seit etwa vier Wochen trudeln bei uns erste Anfragen für Weihnachtsfeiern ein“, sagt Mandy Freitag, Mitarbeiterin im Lübecker Ratskeller. Dabei handle es sich um vergleichsweise kleine Gruppen zwischen 8 und 25 Gästen. Das Restaurant Shanghai am Lübecker Koberg nimmt eigentlich gar keine Gruppen über zwölf Personen an, „doch für Job-Weihnachtsfeiern von Stammgästen machen wir eine Ausnahme und haben auch schon einige entsprechende Anfragen“, sagt Juniorchef Zheng Zong Yin.

Auch Frank Höhne, Pächter der Schiffergesellschaft, hat bereits vereinzelt Anfragen für Firmen-Weihnachtsfeiern, glaubt aber, dass die meisten sich mit der Buchung noch etwas Zeit lassen. „Langfristige Planungen haben sich die Menschen in der Pandemie abgewöhnt“, sagt Höhne. Das Team von Peter Pane freut sich ebenfalls, „dass wir bereits vereinzelte Buchungen notieren durften. Meist geht es aber ab Oktober erst richtig los.“

Das Unternehmen Weihnachtsplaner organisiert deutschlandweit verschiedene Rahmenprogramme für Weihnachtsfeiern und hat während der Pandemie den Bereich Online-Events deutlich ausgebaut. „Die Zahl der

Anfragen hat noch längst nicht das Vor-Corona-Niveau erreicht, aber Online-Feiern boomen und werden auch nach der Pandemie nicht verschwinden“, sagt Mitarbeiter Kevin Sedo. Vor allem für international agierende Großkonzerne sei diese Art zu feiern auch jenseits der Pandemie reizvoll. Der Renner auch bei mittelgroßen Firmen sei derzeit ein mobiler Weih-

„Nach dem 3G-Modell kommt man an einer Mitwirkung der Arbeitnehmenden nicht vorbei.“

Sebastian Schulze UV Nord

nachtsmarkt für mindestens 100 Gäste, der auf dem jeweiligen Firmengelände aufgebaut wird (inklusive Hygienekonzept).

Nach Sedos Erfahrungen ist die Frage des Impfstatus gerade in kleinen und mittleren Unternehmen kein Thema: „Die Mitarbeiter reden völlig offen über ihren Impfstatus und machen daraus auch dem Arbeitgeber gegenüber kein Geheimnis.“ Sedo glaubt, dass viele Firmen mit der Planung einer großen Weihnachtsfeier noch warten aus Sorge, dass sich bis zur Adventszeit die Vorgaben wieder ändern könnten. Stattdessen seien derzeit kurzfristige Team-Events gefragt, nach dem Motto „Montag gebucht, Freitag steigt die Party.“

Die Forderungen an die neue Bundesregierung

Abendblatt-Umfrage: Was Hamburgs Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften inhaltlich erwarten und welche Koalition sie in Berlin favorisieren

HAMBURG :: Nun sind alle Stimmen ausgezählt. Deutschland bekommt einen neuen Bundeskanzler und eine neue Regierung, die vermutlich aus drei Koalitionspartnern bestehen wird. Was wünschen sich die wichtigsten Vertreter der Wirtschaft und Gewerkschaften in der Hansestadt von der künftigen Bundesregierung? Das Abendblatt hat nachgefragt:

Handelskammer

„Für die Hamburger Wirtschaft ist entscheidend, dass die großen Herausforderungen wie die technologische Klimawende, die digitale Transformation und die Stärkung der EU nun entschlossen angegangen werden“, sagt Malte Heyne, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer. An die neuen Hamburger Bundestagsabgeordneten appelliert er als eine parteiübergreifende Hamburg-Koalition zu wirken. Hamburg sei auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. „Deshalb fordern wir eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse, damit wichtige Infrastrukturprojekte schnell umgesetzt werden.“ Wichtig sei auch, dass die massiven Wettbewerbsnachteile für die deutschen Seehäfen bei der Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer endlich behoben werden.

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Tanja Chawla, die neue DGB-Chefin in Hamburg sieht im Wahlergebnis „ein klares Zeichen für Veränderungswillen. Von allen möglichen Konstellationen sehe ich den am ehesten bei einer Ampel.“ Die Hauptaufgabe einer neuen Bundesregierung sei der Klimaschutz und die damit verbundene Transformation der Wirtschaft. Die Menschen bräuchten Sicherheit im Wandel. „Gute Jobs, einen

Mindestlohn von 12 Euro, hohe Tarifbindung, Mitbestimmung und ein verlässlicher Sozialstaat sind dabei die wichtigsten Leitplanken“, sagt Chawla. Leiharbeit, Werkverträge, Befristungen oder ungewollte Teilzeitjobs sind aus ihrer Sicht „keine Basis für eine gute Zukunftsperspektive“.

Handwerkskammer

Die Handwerkskammer will sich aus Neutralitätsgründen nicht für eine konkrete Regierungskoalition aussprechen, aber Handwerkskammer-Präsident Hjalmar Stemmann stellt klar: „Für uns ist jede Koalition, die einen leistungsfähigen Mittelstand ins Zentrum ihrer Wirtschaftspolitik stellt, erste Wahl.“ Die Hauptforderung: Keine Steuererhöhungen! „Diese belasten unsere kleinen und mittleren Betriebe, schwächen damit Ausbildung und Beschäftigung und gefährden Nachfolgeregelungen im Handwerk“, so Stemmann. Zudem müsse die Regierung das wirtschaftliche Potenzial der Klimawende stärker in den Fokus rücken. Eine weitere Forderung: „In Anwohnerparkzonen müssen ansässige Betriebe Bewohnerstatus erhalten.“

AGA Unternehmensverband

„Fest steht: An FDP und Grünen führt kein Weg vorbei – sie entscheiden, wer in welcher Koalition Kanzler wird“, sagt AGA-Präsident Hans Fabian Kruse. Und weiter: „Die Wirtschaft setzt ihre Hoffnungen auf eine Jamaika-Koalition.“ Mit einer mehrheitlich wirtschaftsaffinen Bundesregierung sei die Chance auf eine Ordnungspolitik, die mit Augenmaß vorgeht und sich auf die soziale Marktwirtschaft besinnt, am größten. Zudem müsse die Bürokratie zurückgefahren wer-

den. Das gelte auch für sensible Themen wie den Datenschutz. „Unsere Unternehmen brauchen Freiraum, um sich auf ihr Geschäft zu konzentrieren und Innovationen voranzutreiben“, so Kruse. Der Klimaschutz könne zudem nur „technologieoffen und ohne Verbote“ gelingen. Zudem lehnt der AGA-Präsident Steuererhöhungen kategorisch ab.

IG Metall

Daniel Friedrich, der Bezirksleiter der IG Metall Küste, sieht „bei den Parteien mit einem Stimmzuwachs“ eine besondere Verantwortung für die Regierungsbildung. Die neue Bundesregierung solle die Ansiedlung von Schlüsseltechnologien wie Halbleitern, Batteriezellen und Wasserstoff fördern. „Wir benötigen bis 2030 öffentliche Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Euro in einen Turboausbauplan für Ladesäulen, in die Wasserstoffwirtschaft und in andere CO₂-freie Antriebsarten“, so Friedrich. Die erneuerbaren Energien müssten so ausgebaut werden, dass sie 2030 einen Anteil von 70 Prozent haben. Finanziert werden müsse das solidarisch, so die IG Metall. Das bedeute: „Höhere Steuern für Reiche und Vermögende, Entlastung der unteren und mittleren Einkommen.“

UV Nord

„Die zukünftige Bundesregierung muss eine echte Zukunftsregierung sein“, sagt Philipp Murmann, Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UV-Nord). „Was gar nicht geht, sind noch höhere Steuern und Abgaben, eine weitere Belastung des Faktors Arbeit, ein neuer Wettbewerb um den höchsten Mindestlohn und im Planungsrecht alles so

zu belassen wie es ist“, mahnt Murmann. Wichtig sei ein klares Bekenntnis zu einem geeinten Europa, das zugleich die Entwicklungen Chinas und der USA als Chance und Herausforderung und nicht als Bedrohung ansehe.

Ver.di

„Unabhängig von der Zusammensetzung der zukünftigen Regierungskoalition haben wir hohe inhaltliche Erwartungen an die künftige Bundesregierung“, sagt Berthold Bose, Landesleiter der Gewerkschaft in Hamburg: „Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen die sofortige Umsetzung des Mindestlohns von 12 Euro. Dieser würde bis in die Mitte der Gesellschaft Wirkung entfalten und wäre ein dringend notwendiger Beitrag zur Bekämpfung von Armut, auch von Altersarmut, argumentiert Bose. Ver.di erwartet zudem die sofortige Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen. „Zusätzlich braucht es ein klares Signal an die Rentner und Rentnerinnen und künftige Generationen für stabile Renten und ein tragfähiges Rentensystem“, sagte Bose. „Und nicht zuletzt erwarten wir eine wirksame Klimapolitik, die niemanden zurücklässt. Die Klimamaßnahmen müssen begleitet sein von einer angemessenen Förderung für Privathaushalte und Wirtschaft.“

Industrieverband Hamburg

„Die Industrie in Hamburg erwartet vor allem: Eine schnelle Koalitions- und Regierungsbildung“, sagt Matthias Boxberger, Vorstandschef des Industrieverbands. „Wir brauchen ein Anpacken der Prioritäten statt taktischer Manöver – deshalb spielen die Farben einer neuen Koalition nur eine nachgeordnete Rolle.“

Ein neues Dreierbündnis könne dem Wunsch nach Aufbruch jedenfalls besser gerecht werden als die bisherige Große Koalition, meint er. Über einen Teil der Industrieanlagen des Jahres 2040 werde bereits heute entschieden. Wichtig seien daher „realistische Übergangspfade und ein ausreichender Schutz vor Produktionsverlagerungen ins Ausland aufgrund von ansteigenden Standortkosten durch mehr Klimaschutz“, sagt Boxberger. „Erfolgsvoraussetzungen sind dafür, dass es für alle genügend erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff geben wird, zu wettbewerbsfähigen Konditionen.“ Nötig sei zudem ein „Turbo“ beim digitalen Wandel und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Nordmetall und AGV Nord

„Eine neue Bundesregierung muss die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken“, so Hauptgeschäftsführer Nico Fickinger. Dazu müssten die Sozialversicherungsbeiträge auf maximal 40 Prozent gedeckelt werden. Steigende Sozialleistungen ließen den Beschäftigten weniger netto vom brutto, machten Arbeit teurer und Investitionen unattraktiver. Zudem sei eine gerechte Steuerpolitik notwendig, die auf Eingriffe in die Substanz und höhere Lasten für alle verzichtet, „die schon jetzt den größten finanziellen Beitrag zum Gemeinwesen leisten“. Und ein neues Arbeitszeitrecht müsse es ermöglichen, die Wochenarbeitszeit variabel zu gestalten. Fickinger: „Ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien der Mitte lehrt, dass diese Ziele wohl eher in einer Jamaika-Koalition erreichbar scheinen, vielleicht aber auch in einer Ampel-Konstellation umsetzbar sind.“ stp/mw/hs/vr.m/ode

Kieler Institut reduziert seine Prognose

IfW erwartet für 2021 nur noch 2,6 Prozent Wachstum – Corona-Maßnahmen und Lieferengpässe bremsen Aufschwung

VON ULRICH METSCHIES

KIEL. Die Erholung der deutschen Wirtschaft kommt ins Stolpern: Die Vorsichtsmaßnahmen zum Infektionsschutz sowie anhaltende Lieferengpässe verursachen im Winterhalbjahr eine „Delle im Aufholprozess“, sagt das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW). Am Donnerstag hat das IfW deshalb seine Konjunkturprognose deutlich nach unten korrigiert.

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt werde 2021 nicht um 3,9 Prozent zulegen, sondern nur um 2,6 Prozent. Das hört sich nicht besonders dramatisch an, bedeutet jedoch rund 30 Milliarden Euro weniger Wirtschaftsleistung.

IfW-Prognose: 2022 kommt der Aufschwung in Fahrt

Die gute Nachricht: Der Aufschwung fällt nicht aus, sondern verzögert sich lediglich. Wenn im kommenden Frühjahr die wirtschaftlichen Belastungen durch die Corona-Pandemie größtenteils ausgestanden sind und die Lieferengpässe nachgelassen haben, wird die Erholung nach Einschätzung der Kieler Ökonomen wieder an Kraft gewinnen „und das Wirtschaftsgeschehen rasch wieder zur Normalität zurückkehren“.

Vollständig sichtbar werde die Erholung im Jahresergebnis 2022 mit einer Zuwachsrate von 5,1 Prozent. Auch 2023 werde die Wirtschaftsleistung aufgrund von Nachholeffekten mit 2,3 Prozent voraussichtlich „recht deutlich zunehmen.“

Verbraucherpreise: Teuerung von 2,9 Prozent erwartet

Und wie geht es weiter in Sachen Geldwertschwund? Der, so das IfW, gehe zwar größtenteils auf temporäre Faktoren zurück. Für das laufende Jahr erwartet das Institut eine Teuerung von 2,9 Prozent, doch sei auch im kommenden



Die Folgen der Pandemie setzen der Wirtschaft weiter zu: Die Auftragsbücher sind zwar vielerorts voll, doch die Erholung der Industrie wird sich nach Erwartung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft verzögern.

FOTOS: MARKUS SCHOLZ / BRITTA PEDERSEN (DPA)



„Weitere Konjunkturprogramme würden in dieser Lage destabilisierend wirken.“

Prof. Stefan Kooths,
IfW-Konjunkturchef

Jahr „ein kräftiger Anstieg der Verbraucherpreise“ zu erwarten, bevor die Inflation 2023 wieder moderater ausfalle.

Die gute Nachricht: Auf dem Arbeitsmarkt wird die Corona-Krise nach Erwartung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft „wohl rasch überwunden werden“ und die Erwerbslosenquote von 5,9 Prozent 2020 auf 5,1 Prozent im

Jahr 2023 zurückgehen. Auch im Staatshaushalt werde sich die Erholung von der Pandemie deutlich widerspiegeln. Nach einem Anstieg des Defizits auf knapp fünf Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr, dürfte es aufgrund der auslaufenden pandemiebedingten Hilfgelder und Subventionen sowie der höheren Wirtschaftsleistung auf 0,7 Prozent im Jahr 2023 sinken.

Die Einschätzung der Kieler Forscher deckt sich weitgehend mit den Lagebeurteilung

der Wirtschaft im Land. „Wir waren im Frühling noch positiver gestimmt“, heißt es etwa beim Kieler Kompressorenhersteller Sauer Compressors. Derzeit trübten sich die Ausichten etwas ein, insgesamt blieben die Perspektiven aber positiv. Die Lage bei Sauer deckt sich weitgehend mit der Situation der Industrie insgesamt: Die Nachfrage ist stark, die Auftragsbücher sind gut gefüllt, doch das Dauerthema Fachkräftemangel sowie Beschaffungsprobleme bremsen die Produktion.

Auch beim Arbeitgeberdachverband UV Nord heißt es: „Die nicht intakten Lieferketten treiben vielen Unternehmen Sorgenfalten auf die Stirn.“ Dennoch, so Hauptgeschäftsführer Michael Thomas Fröhlich, sei für einige Unternehmen im Land „das Vorkrisenniveau auch schon wieder

zum Greifen nah“.

„Der Impuls für den konjunkturellen Zwischenspur im kommenden Jahr rührt vom Wegfall der bis dahin hemmenden Faktoren“, sagt IfW-Konjunkturchef Stefan Kooths. So dürften mit der dann „final abflauenden“ Pandemie weite Teile der kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche zum Normalbetrieb zurückkehren, und mit dem Überwinden der Lieferengpässe könne der Rekord-Auftragsüberhang in der Industrie abgearbeitet werden. Weitere Konjunkturprogramme würden in dieser Lage Öl ins Feuer gießen und letztlich destabilisierend wirken. Kooths: „Kaufkraft satt bei den Konsumenten und prall gefüllte Auftragsbücher in den Unternehmen – so sieht ein selbsttragender Aufschwung aus.“

In Hamburg sind 900 Lehrstellen noch unbesetzt

HAMBURG :: In einem offenen Brief haben Senat, Wirtschaftskammern, Arbeitsagentur, Gewerkschaften und der Unternehmensverband Nord an Hamburger Jugendliche appelliert, sich noch in den nächsten Tagen und Wochen für eine Lehrstelle zu bewerben. „Das Ausbildungsjahr hat zwar bereits begonnen, es stehen jedoch immer noch rund 900 freie Ausbildungsplätze zur Verfügung“, heißt es in dem Aufruf von Schul- und Sozialbehörde, Arbeitsagentur, Handwerks- und Handelskammer sowie des Arbeitgeberverbands und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er will künftige Auszubildende ermutigen, den ersten Schritt ins Berufsleben zu gehen.

Allein bei der Handwerkskammer sind demnach aktuell noch 393 offene Ausbildungsplätze in 46 Berufen für 2021 gemeldet. Für einen Ausbildungsstart im kommenden Jahr stünden schon jetzt 831 freie Lehrstellen bereit. Einige Handwerksfirmen ermöglichten einen Ausbildungsstart noch in diesem Jahr. Zudem könne in manchen Gewerken eine Lehre auch am 1. Februar beginnen.

Die Online-Lehrstellenbörse der Handelskammer listet derzeit mehr als 130 freie Ausbildungsstellen auf, die ebenfalls noch verspätet besetzt werden können. Sowohl die Branchen Handel, Gesundheit, Handwerk, Logistik oder öffentliche Verwaltung, aber auch Hotellerie und Gastronomie suchen noch dringend nach guten Azubis. „Für jeden Schulabgänger und jede Schulabgängerin finden sich Wege, um mit einer qualifizierten Berufsausbildung zu beginnen“, heißt es in dem Appell. Für Jugendliche, die sich beworben, aber keine Lehrstelle bekommen haben, gebe es ebenfalls Angebote: Ihnen würden unter anderem Betriebspraktika und Berufsqualifizierungskurse vermittelt. HA

Kurzarbeitergeld: Firmen droht Rückforderung

Für **30.000 Hamburger Betriebe** steht die Überprüfung der erhaltenen Leistungen an – mit schweren Konsequenzen, wenn man nicht kooperiert

VOLKER MESTER

HAMBURG :: Es war einer der größten Posten der Corona-Hilfen: Seit Beginn der Pandemie hat die Agentur für Arbeit Hamburg mehr als 2,7 Milliarden Euro an Kurzarbeitergeld ausgezahlt. In der Spitze wurden gut 200.000 Arbeitsplätze damit gesichert. Rund 30.000 Hamburger Betriebe konnten dieses Kapitel inzwischen für sich abschließen – aber nur vermeintlich.

Denn nun erhalten sie Post von der Arbeitsagentur. Es geht um die sogenannte Abschlussprüfung zum Kurzarbeitergeld. Die Betriebe werden aufgefordert, innerhalb einer Frist von drei Wochen eine Reihe von Unterlagen wie etwa Arbeitszeitznachweise, Lohnabrechnungen und Urlaublisten einzureichen. Denn um die Leistungen möglichst unbürokratisch innerhalb von höchstens 15 Tagen auszahlen zu können, hatte die Agentur für Arbeit zu Beginn der Corona-Pandemie das Antragsverfahren ver-

Wir wissen, dass wir uns damit nicht auf der Beliebtheitskala nach vorn arbeiten.

Hamburgs Arbeitsagenturchef Sönke Fock über das Prüfungsverfahren

einfach und auf die sonst üblichen Nachweise verzichtet. Sie werden jetzt nachträglich stichprobenweise für einzelne Arbeitnehmer geprüft: Bei Firmen, in denen bis zu 20 Personen in Kurzarbeit waren, wählt die Agentur einen von ihnen aus, dessen Daten nun unter die Lupe genommen werden.

„Das kann als umständlich und belastend empfunden werden, zumal Unternehmen sich heute um neue Aufträge bemühen und nicht mit der Abschlussprüfung herumschlagen wollen“, weiß Sönke Fock, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Hamburg. „Meine Sorge ist daher, dass man dieses Verfahren nicht so ernst nimmt.“ Denn die Folgen wären drastisch: „Verweigern sich Betriebe oder ignorieren die Aufforderung, Unterlagen beizubringen, riskieren sie, dass die rettenden Hilfen komplett zurückgezahlt werden müssen. Komplett.“

Hintergrund der nun angelaufenen Prüfungen sei, dass die Gewährung des Kurzarbeitergeldes zunächst nur vorläu-



Sönke Fock ist der Chef der Agentur für Arbeit Hamburg, der größten in Deutschland. Allein sie zahlte 2,7 Milliarden Euro Kurzarbeitergeld.

FOTO: KLAUS BODIG

fig erfolgte, erklärt Fock. Darauf sei immer wieder hingewiesen worden – und auch darauf, dass am Ende eine Abschlussprüfung stehen wird. „Wir wissen, dass wir uns damit nicht auf der Beliebtheitskala nach vorne arbeiten“, räumt Fock ein. Doch seine Mitarbeiter hätten keinen Ermessensspielraum, das Prüfungsverfahren sei gesetzlich so vorgesehen, schon um auch die Interessen der Beitragszahler zu schützen.

„Eine geringe Zahl von Unternehmen – gut zehn Prozent – reagiert sehr schnell auf unser Anschreiben“, so Fock. Die überwiegende Zahl der Betriebe tue das aber leider nicht. Ignoriere man die Aufforderung, ziehe das einen „Rattenschwanz an Folgen“ nach sich – von einem Bußgeld wegen der Ordnungswidrigkeit bis hin zur Rückforderung des Kurzarbeitergeldes. „Das ist nicht in unserem Interesse“, stellt Fock klar.

„Uns geht es auch nicht darum, nach Fehlern der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu suchen“, sagt Christian Kraiker, der mit einem Team von rund 50 Arbeitsagentur-Beschäftigten für die Abschlussprüfungen in Hamburg verantwortlich ist. Doch eine Vielzahl von Betrieben sei während der Corona-Krise erstmals überhaupt mit Kurzarbeit in Berührung gekommen.

„Es wird Fälle geben, in denen Fehler gemacht worden sind – aber auch von unserer Seite“, so Kraiker. Bis zu 800 Personen, davon gut 200 befristet eingestellte Kräfte, waren in der Agentur für Arbeit Hamburg zeitweise damit beschäftigt, die Flut der monatlichen Anträge auf Kurzarbeitergeld zu bearbeiten. Zum Vergleich: Die Agentur hat aktuell rund 1500 Mitarbeiter. Sollte ein zu geringes Kurzarbeitergeld gewährt worden sein, könne sich aus der Abschlussprü-

fung durchaus auch eine Nachzahlung an den Betrieb ergeben, erklärt Kraiker.

„Die Kurzarbeit und die schnelle, vor allem unbürokratische Umsetzung der Agentur für Arbeit hat für die Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Corona-Pandemie geleistet“, sagt Michael Thomas Fröhlich, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UVNord). Auch er weist darauf hin, dass viele der Betriebe mit dem Instrument der Kurzarbeit noch nicht vertraut waren. „Wir rufen alle Betroffenen auf, partnerschaftlich mit der Agentur für Arbeit im Kurzarbeitergeld-Prüfungsverfahren zusammenzuarbeiten, ganz ohne einen gewissen Zeitaufwand für die Bearbeitung wird es leider nicht gehen“, so Fröhlich.

Aktuell befinden sich laut Kraiker schon etwa 9000 Hamburger Firmen in

der „Prüfungs-Pipeline“. Sie müssen also demnächst die geforderten Unterlagen zur Verfügung stellen. „Gerade bei kleinen Betrieben ohne eigene professionelle Personalabteilung geht das nicht auf Knopfdruck“, sagt Kraiker, häufig müssten Steuerberater oder externe Lohnbüros mitwirken. „Hinzu kommt, dass viele Steuerbüros, die mit der Abrechnung beauftragt wurden, mit der Abwicklung der Corona-Hilfen noch vollständig ausgelastet sind“, ergänzt Fröhlich. In solchen begründeten Fällen wird eine Verlängerung der Abgabefrist gewährt, außerdem hat die Arbeitsagentur eine Hotline für Fragen zur Abschlussprüfung (040/24 85-33 30) eingerichtet.

Allerdings hat die Arbeitsagentur allein im August 2021 noch immer 117 Millionen Euro Kurzarbeitergeld ausgezahlt. Für fast 10.000 Hamburger Firmen ist dieses Kapitel noch nicht beendet.

Hamburgs Wirtschaft fordert Ende der „Verbotskultur“

Handelskammer und UV Nord legen Resolution zur Bundestagswahl vor. Infrastrukturprojekte sollen schneller umgesetzt werden

HAMBURG :: Wenige Tage vor der Bundestagswahl hat sich Hamburgs Wirtschaft für einen Kurswechsel in der Politik ausgesprochen. Das Fahren auf Sicht zur Überwindung der Corona-Pandemie soll langfristigen Strategien weichen. „Für die Hamburger Wirtschaft ist es dringend an der Zeit, den Krisenmodus zu verlassen und wieder die entscheidenden wirtschaftspolitischen Ziele ins Visier zu nehmen“, lautet der erste Satz einer gemeinsamen Resolution der Handelskammer Hamburg und des Unternehmensverbands (UV) Nord. Der Präsident der Kammer, Norbert Aust, stellte klar: „Wir müssen weg von einer Verbotskultur und hin zu einer Ermöglichungskultur für Innovationen. So können wir die wettbewerbsentscheidenden

Zukunftsthemen wie die Klimawende, Infrastruktur und den Fachkräftemangel angehen. Dazu muss Norddeutschland aber auch gemeinsam und geschlossen in Berlin auftreten.“

Zentrale Themen der Resolution sind eine Beschleunigung des Infrastrukturausbaus, die Nutzung norddeutscher Standortvorteile bei der Gestaltung der Klimawende und eine Stärkung der Ausbildung zur Lösung des Fachkräftemangels. Die Resilienz – also die Wiederherstellung der Handelsströme nach einer Störung – werde ein immer wichtigeres Thema für Deutschland als Exportnation heißt es in dem Eckpunktepapier. Schifffahrt, Luftfahrt, Straßen- und Schienenverkehr seien die Lebensadern Hamburgs als Deutschlands Tor zur Welt.

Umso problematischer wäre es, wenn wichtige Infrastrukturprojekte in Deutschland zu langsam vorankämen oder bereits beschlossene Vorhaben sogar von der neuen Bundesregierung wieder in Frage gestellt würden. Damit zielen die Verbände auf Forderungen der Grünen ab, im Bundesverkehrswegeplan beschlossene Straßenbauprojekte wie



Norbert Aust,
Präsident der
Handelskammer

FOTO: ANDREAS LAIBLE

die Verlängerung der Autobahn A 26 Ost einem gesonderten Klimacheck zu unterziehen. Bund und Länder werden aufgefordert in ihren Verwaltungen die Planungskapazitäten zu erhöhen und das Genehmigungsrecht für Infrastrukturprojekte zu vereinfachen.

Die Wirtschaft fordert eine Verbesserung des regulatorischen Rahmens zur Förderung der Wasserstoff-Technologie. Wettbewerbsnachteile beim Einsatz von grünen Wasserstoff müssten abgebaut werden. „Bei der Klimawende darf keine Zeit verloren gehen. Hier müssen umgehend Wettbewerbsnachteile bei der Wasserstoff-Technologie beseitigt werden, um diese für Norddeutschland als zentrales Instrument gegen den Klimawandel zu nutzen“, sagt Philipp Mur-

mann, Präsident des UV Nord. Dritte Forderung ist der Aufbau einer langfristigen Strategie zur Sicherung von Fachkräften durch die Politik.

Allein in Hamburg würden im Jahr 2030 rund 130.000 Fachkräfte fehlen, wenn die Politik nicht an den richtigen Stellschrauben drehe, heißt es in dem Aufruf. Dazu gehöre eine Digitalisierungsstrategie. „Die Zukunft ist digital, daher muss die Vermittlung digitaler Kompetenzen in allen Bildungsbereichen massiv vorangetrieben werden.“ Schließlich werden die künftigen norddeutschen Abgeordneten in Berlin dazu aufgerufen, die Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer im parlamentarischen Raum in Berlin zu stärken, um die Themen durchzusetzen. *mk*

Lübecker Nachrichten vom 16.09.2021

Für Ungeimpfte wird es ab Oktober deutlich teurer

Coronatests werden kostenpflichtig und bei Quarantäne entfällt die Lohnfortzahlung

VON GRIT PETERSEN

KIEL. Schleswig-Holsteiner, die noch nicht gegen das Coronavirus geimpft sind, müssen ab Oktober mit erheblichen Mehrkosten rechnen. Das hat zwei Gründe: Der Norden setzt auf die 3G-Regel, die für Ungeimpfte vielerorts einen negativen Coronatest vorschreibt, der ab 11. Oktober kostenpflichtig wird. Zum anderen hat Kiels Gesundheitsminister Heiner Garg angekündigt, dass ab 1. Oktober die Lohnfortzahlung für ungeimpfte Arbeitnehmer, die in Quarantäne müssen, entfallen soll. Laut Garg wird weiter eine bundeseinheitliche Regelung angestrebt. Sollte diese nicht zustande kommen, sei der 1. Oktober „der logische Termin“.

Kritik kommt von der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi Nord. „Wir können die-

se Maßnahme nicht nachvollziehen, sie wirft enorme arbeitsrechtliche Fragen auf“, sagte Sprecher Frank Schischefsky. Bisher seien Arbeitnehmer „im Normalfall nicht verpflichtet, Krankheitsgründe oder den Impfstatus an den Arbeitgeber zu übermitteln“. Eine Erhöhung des Drucks auf Ungeimpfte ist laut Verdi Nord der falsche Weg, um die Impfquote zu erhöhen.

Das „Ende des Entgeltersatzes für Ungeimpfte im Quarantänefall stiftet Unruhe und Verunsicherung“, betonte Schi-

schefsky. Mit Druck löse man die Probleme nicht, „sondern spaltet die Gesellschaft und Belegschaften in den Betrieben“. Verdi Nord lehne „eine Impfpflicht durch die Hintertür ab“. Auch der DGB Nord kritisiert, dass „die Landesregierung den Konflikt in die Betriebe verlagert. Stattdessen sollten alle Verantwortlichen Überzeugungsarbeit leisten: Impfen ist das Gebot der Stunde“, sagte Ingo Schlüter, stellvertretender Vorsitzender des DGB Nord.

Lob für die Entscheidung kommt vom Unternehmerver-

Kieler Ministerium gegen VfB-Impfaktion

Bundesweit wird für die Corona-Schutzimpfung geworben. Das Motto: #HierWirdGeimpft – da wollte der VfB Lübeck nicht abseits stehen und auf der Lohmühle vor dem Heim-

spiel am Sonnabend ein Impfangebot machen. Doch das Kieler Gesundheitsministerium versagt die Unterstützung – ähnliche Aktionen hätten kaum Erfolge gehabt. **Seite 18**

band UVNord. „Es stehen ausreichend Impfstoff und ausreichend wissenschaftliche Erkenntnisse zur Verfügung. Daher ist es nicht mehr vermittelbar, warum Steuerzahlende für die Entschädigungszahlungen für Ungeimpfte aufkommen sollen“, sagte UVNord-Präsident Philipp Murmann.

Was Ungeimpfte ab 11. Oktober für einen Schnelltests bezahlen müssen, ist noch unklar. Die Anbieter können den Preis selbst festlegen. Vermutlich werden die Kosten zwischen 19 und 49 Euro liegen, schätzt Kai Christiansen, Präsident der Apothekerkammer Schleswig-Holstein. Nach Ansicht der Apothekerkammer gibt es zwei Wege, die Impfquote zu erhöhen: Information und Erhöhung des Drucks. „Letzteres funktioniert auch über den Geldbeutel“, sagt Christiansen. **Seite 7**